



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/223 - 27. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 885 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Jungsozialisten zum "Halbstarcken"-Problem	S. 1
Die deutsch-niederländische Grenzfrage (Von unserem Hollandmitarbeiter)	S. 3
Kommunalvertreter und Geistliche am runden Tisch	S. 4
Mittelstandspolitik in Urteil der Wissenschaft	S. 5

Praktische Hilfe tut not	

KG. Die Jungsozialisten haben mit ihrer Pressekonferenz vom Mittwoch einen entscheidenden Schritt getan, das sogenannte "Halbstarckenproblem" aus dem Fast von Kolportage, Sensation und offensichtlich gesteuerter Diffamierung herauszulösen. Damit ist endlich die Plattform für eine sachliche und verantwortungsbewusste Diskussion gebildet.

In ihrer Aufklärungsbroschüre wird erschreckend deutlich, mit welcher Unkenntnis und wieviel Ressentiments ein Kesselreiben gegen eine ganze Generation inszeniert wurde, die sich für die künftige Entwicklung unseres Staates weit verhängnisvoller auswirken kann, als die Exzesse weniger Rowdies und ihrer erwachsenen Hinternänner. Diese sollen beileibe nicht bagatellisiert werden. Aber was sich in den letzten Monaten in der Bundesrepublik abspielte und eine gewisse Stimmungsmache erzeugte, steht wohl ohne Beispiel in der Geschichte moderner Staaten, die ihre Jugend zu verantwortungsbewussten Bürgern herausbilden wollen.

Jede heranwachsende Generation hatte und hat ihre besonderen Probleme, die mit Polizeiknöpfeln und Gewaltandrohungen nicht zu lösen sind.

Die Broschüre der Jungsozialisten appelliert mit ihrer leidenschaftslosen Tatbestandsaufnahme vor allem an alle Publizisten, die ihre journalistische Aufgabe ernst nehmen. Es gibt mannigfache Anhaltspunkte dafür, dass diverse Pressemeldungen als Auslösefaktoren der vergangenen Krawalle wirkten.

Der jetzt gegen den Widerstand der Berliner Jugendbehörden dort

gedrehte Film "Die Halbstarke" ist ein weiterer Beweis dafür, wie solche Dinge gesteuert werden, um Geld damit verdienen zu können. Das ist ein schmutziges Geschäft, bei dem fragwürdige Gestalten ihre Hände im Spiel haben.

Es ist die höchste Zeit, dass endlich nach Wegen gesucht wird, unsere Jugend aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung herauszuführen und den eigentlichen Drahtziehern das Handwerk zu legen.

Dass Kasernen kein geeignetes pädagogisches Instrument sind, erweisen die Überfälle fremder Rekrutender vergangenen Monate.

Notwendig ist eine praktische Hilfe für die deutsche Jugend, wie sie von den Jungsozialisten in ihrer Broschüre aufgezeigt worden ist. Neben anderen werden die folgenden Vorschläge gemacht:

Verstärkten Einbau des Sports in den Schulunterricht, Bau von Sportanlagen, vor allem Turnhallen u. Schwimmbädern, Bau von Jugendheimen auch auf dem Lande,

Mehr Mittel für die Einrichtung guter Jugendbibliotheken,

Beratungstellen bei den Städten und Gemeinden zur Gestaltung der Freizeit und des Urlaubs,

Schaffung von Wohnraum für Jungverheiratete,

Sorgfältige Auswahl der Richter an Jugendgerichten,

Eine jugendpädagogische Ausbildung der Richter an den Jugendgerichten,

Verstärkter Einsatz von Berührungshelfern,

Die baldige Verabschiedung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes, die baldige Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes.

Die Bundesregierung täte gut daran, endlich eine fortschrittliche und großzügige Jugendpolitik in Angriff zu nehmen, denn unsere Republik kann nicht gegen, sondern nur mit unseren jungen Menschen gebaut werden.

* * *

Aussicht auf positive Lösung

D.Str. Unmittelbar nach der Grenzregelung zwischen Belgien und der Bundesrepublik demonstrierten über 900 Bauern an der deutsch-holländischen Grenze für eine zufriedenstellende Regelung der Traktfrage. Den Bauern wurden durch die 1948 im Londoner Abkommen beschlossenen Grenzberichtigungen zugunsten Hollands etwa 4 000 Hektar Land entzogen. Diese Meldung kommt aus dem niederrheinischen Gebiet, wo besonders im Bereich des kleinen Bergstädtchens Elten grössere Teile deutschen Bodens unter die niederländische Verwaltung gestellt wurden. Ausserdem besetzen im Frühjahr 1949 auf Grund des Londoner Abkommens holländische Militärpolizeinheiten Landstücke am Selfkant, im Freise Berken und im Kreise Ahaus im Westfälischen.

Die niederländische Regierung setzte zur Verwaltung dieser Gebiete sogenannte Landdroste ein, ohne sich jedoch besonders um die abgetretenen Gebiete finanziell zu kümmern. Schon nach etwa einem Jahr (1950) wurde im westfälischen Grenzland bekannt, dass die niederländische Regierung wegen der in Verwaltung genommenen Gebiete erhebliche finanzielle Sorgen habe und von sich aus beabsichtige, in Verhandlungen über eine eventuelle Rückgabe einzutreten. Diese Gerüchte bestätigten sich damals nicht, vielmehr begann im Kreise Ahaus und im niedersächsischen Nachbarkreis Bentheim eine Bewegung, die auf deutscher Seite eine Regelung der Traktfrage herbeiführen sollte. Seit dem vorigen Jahrhundert haben nämlich deutsche Bauern auf niederländischem Gebiet Grundstücke liegen, die sie bis 1945 frei bewirtschaften konnten. Nach dem Kriege wurden diese Grundstücke durch die niederländische Regierung beschlagnahmt und mit anderen deutschen Vermögenswerten im Land der Grachten einem eigens dafür geschaffenen Vermögensamt unterstellt.

Dieses sogenannte "Niederländische Scheersinstitut" bot den deutschen Traktbauern an, ihr beschlagnahmtes Eigentum vom holländischen Staat zurückzukaufen, was natürlich von den deutschen Grenzbauern abgelehnt wurde. Die Klage eines deutschen Bauern vor einem niederländischen Gericht in Den Haag wurde abgewiesen, so dass bis zur Stunde mit den Niederländern noch keine zufriedenstellende Regelung getroffen werden konnte.

Bei dieser Gelegenheit darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden -4-

mit einer schweren Hypothek belastet sind, die wegen verschiedener Ferrerakte während der deutschen Besatzungszeit in das Grundbuch der deutschen Nachkriegspolitik eingetragen wurde. Wenn man trotzdem den Verhandlungen in Den Haag positiv entgegensteht, so darf man nicht übersehen, dass seit 1949 deutsch-niederländische Kontaktkommissionen und Organisationen, die die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern regeln, wertvolle Vorarbeit geleistet haben, um die Ressentiments im deutsch-niederländischen Verhältnis abzuschwächen.

Ein wertvolles Gespräch in Iserlohn

sp. Die SPD kann nicht das Ziel haben, Glaubensfragen zu beantworten. Sie wird gemeinsam mit der Evangelischen Kirche für die Geistesfreiheit eintreten, wann und wo immer diese Freiheit in Gefahr ist. Die Evangelische Kirche darf, unbeschadet der politischen Entscheidungsfreiheit des einzelnen Pfarrers, der einzelnen Gliedern der Kirche die politische Entscheidungsfreiheit nicht abnehmen, indem sie sich für den Weg einer bestimmten politischen Richtung entscheidet.

Dies ist der interessante Kern einer Entschliessung, welche dieser Tage am Ende einer Konferenz evangelischer Pfarrer und Laien und sozialdemokratischer Vertreter von Kommunalverwaltungen aus dem Raum Becklinghausen in Iserlohn stand.

Sie ist sehr aufschlussreich für den Geist, in dem dieses Gespräch geführt wurde. Nach einflussreichen Vorträgen von Pfarrer Philipps-Gladbeck und Bürgermeister Weiland, MdB., Marl, zu der Frage "Woher nehmen wir die Verantwortung für unser Wirken in der Gemeinde?" traten in der Aussprache vor allem die folgenden Gesichtspunkte deutlich hervor:

Man argumentierte von verschiedenen Leitbildern für das sittliche Handeln im politischen Leben aus, und zwar nach einem evangelischen und humanistischen Wertmaßstab. Man argumentierte aber nicht vom dialektischen Materialismus her;

man war sich einig darüber, dass das gemeinsame Zeitbild für das kommunalpolitische Handeln in der Erhaltung und der Festigung der Würde und der Freiheit des Menschen besteht.

Auf der praktisch kommunalpolitischen Ebene wurde das Gespräch

über folgende Punkte geführt, bei denen eine gemeinsame Beratung von Kirche und Kommune wertvoll erscheint: Stadtplanung allgemeiner Wohnungsbau, Krankenhauswesen, Schulwesen, Jugend- und Altersheime, Volkshochschulen, Volksbücherei. Vertieft werden soll das Gespräch noch über das Wesen der parlamentarischen Vollmacht, über Fragen der Familie, des Eigentums und der Schule im allgemeinen.

An Fragen im Hintergrund bleiben auf evangelischer Seite, ob wir bei unserer Sorge um eine bessere Welt und eine grössere Würde des Menschen die grundsätzliche Triebhaftigkeit des Menschen zum Schlechten hin genügend in Rechnung setzen.

Auf sozialdemokratischer Seite kam der Wunsch zum Ausdruck, dass die evangelische Kirche für alle Lebensfragen geöffnet bleibe bzw. sich weiter öffne und dass sie demokratische Mitverantwortlichkeit erkenne und fördere.

Die Anwesenden waren sich einig in der Überzeugung von der Nützlichkeit dieser Begegnung und der Notwendigkeit, sie in einer geeigneten Form fortzusetzen.

* * *

Absage an die Ständepolitik

H.3. Drei Bundesminister ergriffen das Wort auf dem parlamentarischen Abend des Mittelstandblocks am 26. Sept. im Bonner Studentenhaus. Keiner von ihnen sagte etwas Notierenswertes - Praussner, v. Merkatz und Schäfer bliesen einen zum Wetter passender Phrasennebel über Wert und Würde des mittelständischen Menschen in den Raum. Keiner von ihnen machte zur allgemeinen Enttäuschung auch nur den schwächsten Versuch, sich mit den Gedanken des Referenten auseinanderzusetzen, obwohl diese jeden an der Mittelschichtenpolitik Interessierten zur Auseinandersetzung reizen müssten.

Allerdings wäre eine solche Auseinandersetzung niemandem leicht gefallen, der sie aus ständischer Sicht heraus hätte führen wollen. Der "Block" hatte diesmal den Kölner Universitätsprofessor René König zu einem Vortrag geladen. Prof. König ist Soziologe. Sein mit skeptisch-ironischen Bemerkungen über den Begriff "Mittelstand" eingeleitetes Referat wurde zu einem vernichtenden Urteil über das Ständedenken überhaupt. "Wir leben nicht mehr in der Stände-Gesellschaft. Seit der - 6 -

Französischen Revolution gibt es keinen Mittelstand mehr, sondern nur noch Mittelschichten!" Auf diese, mit einer wissenschaftlichen Analyse untermauerten Feststellung legte Prof. König den grössten Wert.

Ein erheblicher Teil der Ausführungen Prof. Königs erinnerte lebhaft an Gedankengänge, die auch auf sozialdemokratischen, der Mittelschichtenfrage gewidmeten Veranstaltungen von Wissenschaftlern und Politikern vorgetragen worden sind. Auch Prof. König wandte sich gegen die "ideologischen Schreckbilder" vom unvermeidlichen Zerriebenwerden der Mittelschichten. "Die Tendenz zum Grossbetrieb", sagte er, "die Konzentrationstendenz sowie die damit zusammenhängende Anonymisierung des Kapitals und damit des Eigentums, wirkte sich durchaus zu Lasten der Mittelschichten aus, vor allem auch die zunehmende Technifizierung der industriellen Produktion und überhaupt die Erweiterung des Fabrikbetriebs und der fabrikmässigen Produktion. Dennoch aber zeigt, von heute aus gesehen, ein einziger Blick über unsere Gesellschaft, dass trotz zweier Kriege und zweier Inflationen die Mittelschichten keineswegs verschwunden sind. Es lässt sich im Gegenteil folgendes feststellen: eine ausgesprochene Konstanz der Mittelschichten, die allen Prognosen ihres Verschwindens widerspricht."

Prof. König betonte, es sei wichtig zu wissen, dass die Untergangsbilder "keineswegs nur von Marx stammen, sondern aus den Mittelschichten selber." Ausführlich legte er dar, wie der Soziologe vor hundert Jahren, als die Eisenbahn das selbständige Verkehrsgewerbe und die Industrie das Handwerk verdrängte, zu der Schlussfolgerung kommen musste, der Kleinbetrieb würde seine Selbständigkeit verlieren. Es ist klar, dass Marx nicht ein "Sagor" der Mittelschichten war, sondern nur Tatsachen feststellte - Tatsachen, die heute in der fast restlosen Abhängigkeit der kleinen Unternehmen von den Grossformen der Wirtschaft ihren Ausdruck finden.

Nach den Bundesministern, von denen nicht einer auch nur ein Beispiel dafür anführen konnte, dass seine Regierung versucht hätte, dem Mittelschichtenproblem in seiner heutigen Form gerecht zu werden, konnte der CDU-Bundestagsabgeordnete Sonnicker nur mit einer gewissen Resignation feststellen: "Es ist gut, wenn uns ein Wissenschaftler einmal die Wahrheit sagt." Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Landesinnungsmeister Karl Reuling, hingegen hob hervor, wie richtig Prof. Königs Appell an die selbständigen Mittelschichten sei, das Gesicht der Zukunft zuzuwenden, sich ständig den neuen Produktionsweisen und der modernen Wirtschaftsentwicklung anzupassen. Nicht von der Technik her komme die Gefahr, sondern von einer einseitig die Grossen unterstützenden Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Prof. König blieb auch in seinem Schlusswort seiner Devise treu, nicht politisch zu werden, sondern soziologisch zu bleiben. Dennoch lag das politische Ergebnis seiner Untersuchungen - nämlich eine Absage an alle Standesideologie und ein Bekenntnis zu einer alle arbeitenden Schichten berücksichtigenden fortschrittlichen Politik - auf der Hand, als er sagte: "Es kann keine Mitte geben, abgelöst von der übrigen Gesellschaft."

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau